

Wöchentlich 55 Bl., monatlich 3,00 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.
einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und
22 Pfg. Postbefreiungsgeldern. Ausland-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertage
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Frauenstimme“, „Lehrling“, „Blitz in
die Bücherei“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konspiration
des „Klein-Konjunktur“-Reichs-
markt. „Klein-Konjunktur“ das letzte
Heft des Reichs (12 Hefen), jedes weitere Heft
12 Hefen. Stellengeldbesitz des Reichs
16 Hefen. Warte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Hefen. Arbeitsmarkt
Heft 60 Hefen. Familienanzeigen Heft
40 Hefen. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochentäglich
von 8^{1/2} bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dörfelt 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbesandto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65, D. B. u. Disk.-Gef., Depostenkasse, Jerusalemstr. 65/66.

Die Pläne der Regierung.

Beamtengehälter sollen um sechs Prozent gekürzt werden. — Verfassungspolitik gegenüber der Arbeitslosenversicherung?

Das Reichskabinett wird heute seine Beschlüsse in einer ausführlichen Darstellung veröffentlichen.

Das Kabinett hat noch gestern Abend seinen Beschluss auf Umwandlung des Notopfers der Beamten von 2 1/2 Proz. in eine Reichsbillette von 5 Proz. umgestoßen. Es hat statt dessen eine generelle Gehaltskürzung für alle Beamte in Höhe von 6 Proz. beschlossen. Ein Antrag auf Kürzung von 10 Proz. wurde abgelehnt.

Am Dienstagvormittag wird der preussische Finanzminister dem preussischen Kabinett ein umfangreiches Programm über Einsparungen am preussischen Etat usw. unterbreiten.

Am Dienstag findet zwischen dem Reichskanzler Brüning und dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun eine Unterredung über die politische Lage statt.

Vor Verhandlungen mit den Parteien.

Köln, 29. September.

Unter der Überschrift „Notwendiges“ wird der „Kölnischen Volkszeitung“ von ihrem Berliner Vertreter zu den Verhandlungen mit den Parteien berichtet.

Nach Abschluss der Kabinettsberatungen wird der Reichskanzler am Dienstagvormittag dem gegenwärtig in Sachseide weilenden Reichspräsidenten über den Inhalt des Reformprogramms berichten. Noch am gleichen Tage werden

Die Besprechungen über die Möglichkeiten der Mehrheitsbildung

Da der preussische Ministerpräsident sich ebenfalls in Sachseide aufhält, liegt die Vermutung einer Unterredung zwischen Brüning und Otto Braun nahe. Der Reichskanzler wird das Regierungsprogramm demnächst den im Kabinett vertretenen Parteien vorlegen. Dann folgen Verhandlungen sowohl mit der Rechten wie mit der Linken. Es sollte eigentlich nicht schwer halten, die Regierungsparteien auf die Linie des Reformprogramms zu bringen.

Die Not der Zeit wird hoffentlich auch die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei lehren, daß mit vieldseitigen Resolutionen und kraftvoll klingenden, in Wahrheit aber leeren Sprüchen die Lage nicht gemindert werden kann. Eins der größten Uebel liegt in den Fraktionszimmern gewisser Parteien, die trotz des Urteils vom 14. September mit ihren alten Methoden die neue Wera eröffnen wollen und die immer noch glauben, die Welt höre an ihren Fraktionszimmern auf. Aber vielleicht bringt die harte Sprache der Not auch an diese halbtönen Ohren, so daß wir die bescheidene Hoffnung der Einigung der Regierungsparteien noch nicht ganz aufgeben müssen. Dann hätten wir wenigstens einen 210 Abgeordnete umfassenden Block, der einen Stützpunkt in den weit schwierigeren Verhandlungen mit den Parteien rechts und links bilden könnte.

Wir nehmen an, daß das Regierungsprogramm auch den Nationalsozialisten zur Beurteilung vorgelegt wird, nicht etwa deshalb, weil wir irgendeine Reigung zu diesen politischen Abenteurern verspüren oder eine ersprießliche Zusammenarbeit mit ihnen für möglich halten.

Aber wenn der Versuch einer politischen Mehrheitsbildung schon gemacht werden soll, kann man sich schwerlich gegenüber den Nationalsozialisten scheitern lassen und so tun, als existierten sie nicht. Eine Mehrheit mit ihnen ist weit und breit nicht zu sehen, und das halten wir nicht für einen Fehler, eher für das Gegenteil.

Aber auch nach der anderen Seite sehen die Dinge nicht rosig aus. Was die Sozialdemokraten aus dem 14. September gelernt haben, wird sich bald zeigen. Wir fürchten, daß es nicht sehr viel ist. Zudem haben Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei schon jetzt überflüssige Hemmnisse für die große Koalition aufgetürmt. Beide Parteien sind aber notwendig, wenn eine Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie zustande kommen soll. Der Reichskanzler handelt richtig, wenn er jetzt den Weg zur parlamentarischen Mehrheitsbildung geht. Er muß und wird die Frage prüfen, ob mit diesem Reichstag regiert werden kann. Die Hoffnung, daß das möglich sein wird, geben wir nicht auf.

Aber man würde sich Illusionen hingeben, wenn man nicht erkennen wollte, daß der Glaube an diesen Reichstag auf sehr schwachen Gründen ruht. Eine vorübergehende Ausschaltung des Reichstags ist noch nicht das Ende des parlamentarischen Systems in Deutschland. Aber außerordentliche Zeiten können außerordentliche Maßnahmen notwendig machen.

und wenn es mit dem Reichstag nun einmal nicht geht, muß der Versuch der Rettung Deutschlands auf anderem Wege unternommen werden.

Je ungestörter die Regierung die notwendigen Maßnahmen in die Wege leiten kann, um so rascher wird die Demokratie wieder in ihre Rechte eingesezt werden.

Das viel mißbrauchte Wort von der Notwendigkeit einer starken Führung erhält diesmal eine ernste realpolitische Bedeutung. Diese wird auch weiterhin ihre Führerrolle beibehalten müssen. Diese oder eine erweiterte, sich auf staatsreife Kräfte stützende Regierung wäre in der Lage, Ruhe und Ordnung in Deutschland zu garantieren, deren Störung das Uebel voll machen würde. Wir sehen also, daß diese Regierung unter allen Umständen das Heft in der Hand behalten und versuchen muß, das zu tun, was im Interesse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Zukunft unbedingt getan werden muß. Gerade die grundsätzlich parlamentarisch eingestellten Parteien sollten ihre keine unnötigen Schwierigkeiten machen. Dann wird es am ersten gelingen, den zerstörenden Elementen die Straße zu verlegen und geordnete Verhältnisse wieder herzustellen. Aber es scheint nicht überflüssig, die Parteien, die jetzt mit vorläufigen Entschlüssen die Lage erschweren, daran zu erinnern, was geschehen muß, wenn sie keine politische Vernunft annehmen.

Die Aufgabe, die die Regierung zu bewältigen hat, kann sie nur lösen, wenn sie sich auf eine feste Mehrheit stützt, die gewillt und entschlossen ist, Experimente, wie Aufhebung der Notverordnungen oder Mißtrauensanträge, entschlossen abzuwehren.

Das nächste Schicksal der parlamentarischen Demokratie in Deutschland ist noch einmal in die Hände der Parteien gelegt. Bei den Verhandlungen, die der Kanzler jetzt mit den Parteivertretern zu führen gedenkt, werden sich die Umrisse der künftigen Mehrheit rasch abzeichnen müssen.

Gelingt dieser Versuch nicht, dann sehen wir keinen Weg mehr, der parlamentarisch aus dieser Notlage herausführt.

Der Aufsatz der „Köln. Volksztg.“ stellt sich offensichtlich einen Versuch dar, auf die Sozialdemokratie in dem Sinne einzuwirken, daß sie aus Sorge vor sonst eintretenden Eventualitäten bedingungslos in die Gefolgschaft der gegenwärtigen Regierung eintritt. Dieser Versuch wird nicht gelingen. Ein Abgleiten des Regierungskurses von dem Boden der Verfassung zu vermeiden, ist noch viel mehr die Aufgabe der Regierung selbst als die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat sich nie geweigert, an der positiven Arbeit zur Rettung von Volk und Staat teilzunehmen. Sie kann zu einer solchen Teilnahme aber nur dann bereit sein, wenn sie von der Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen überzeugt ist. Nach allem, was bisher von den Vorschlägen der Regierung bekannt ist, sind sie in entscheidenden Punkten den Auffassungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften diametral entgegengesetzt.

Was will die Mitte von der Sozialdemokratie? Eines kann sie haben, das andere nicht.

Verantwortungsbewußte gleichberechtigte Mitarbeit? Ja! Blinde Gefolgschaft? Nein!

Lob der Hafenkreuzler.

Wadere Schildknappen der Schwerindustrie.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die seinerzeit die Kommunisten als „Pöhl in dem Fleische der Sozialdemokratie“ gelobt hat, ruft nach Verhandlungen der Reichsregierung mit den Nationalsozialisten. Sie lobt die Hafenkreuzler:

„In praktischer Hinsicht hat das thüringische Beispiel bewiesen, daß die Nationalsozialisten den Unterschied zwischen Opposition und Verantwortung durchaus begreifen. Sie haben dort zugestimmt einer Kopfsteuer ohne Staffelung, der Erhöhung des Schulgeldes, erheblichen Ersparnissen im Wohlfahrtswesen und im Schulfest. In der Frage der Unterstützung der Arbeitslosen, Kleinentner und Sozialrentner haben sie ihre von der Sozialdemokratie wörtlich angenommenen früheren Oppositionsanträge mit den übrigen Reichsparteien zusammen niedergestimmt. In Braunschweig treten sie für eine zehnprozentige Kürzung der Beamtengehälter ein.“

Kurzum: die Hafenkreuzler tun alles, was die Sozialreaktionäre haben wollen und gerne sehen!

Wo steht die Mehrheit?

Der Sinn der Wahlen.

Genosse Paul Löbe veröffentlicht in einer parteigenössischen Korrespondenz zu der durch die Septemberwahlen geschaffenen Lage den nachstehenden Artikel:

So überraschend das Ergebnis der Wahlen des 14. September in vielen Einzelheiten gemein sein mag, eine Erwartung hat es in vollem Umfange bestätigt: Die Mehrheitsverhältnisse des Deutschen Reichstages wurden so gründlich verändert, daß keine der alten Kombinationen mehr zur Bildung einer tragfähigen Koalition ausreicht. Weder die Weimarer noch die Große Koalition verfügen über diese Mehrheit. Auch nicht der „Bürgerblock“, denn die Nationalsozialisten erheben heftigen Einspruch gegen ihre Zuzählung zu den „bürgerlichen“ Parteien. Der Reichstag hat eine neue Abstimmungsmehrheit, die — darin liegt die besondere Schwierigkeit — keine Ausführmehrheit in sich schließt. Die Abstimmungsmehrheit ist, wenn man die programmatischen Erklärungen der einzelnen Parteien zugrunde legen darf, eine sozialistische, oder sagen wir vorsichtiger: eine antikapitalistische. 143 Sozialdemokraten, 107 Nationalsozialisten und 77 Kommunisten, also insgesamt 326 Abgeordnete von 577 können gemeinsam eine ganze Reihe antikapitalistischer Beschlüsse durchsetzen. Aber es fehlt die Regierung, die solche Beschlüsse in die Tat umzusetzen gewillt ist; denn so sicher die drei genannten Parteien eine Abstimmungsmehrheit bilden, ebenso sicher ist es, daß sie eine gemeinsame Regierung nicht bilden können. Die Nationalsozialisten wollen ja die Diktatur von rechts, wollen die Sozialdemokraten und Kommunisten niederkämpfen, gegen sie herrschen, aber nicht mit ihnen zusammengehen. Die Kommunisten wollen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten umbringen und eine Diktatur von links aufrichten. Die Sozialdemokraten wollen, daß weder von rechts, noch von links her Diktatur geübt, sondern eine gezielte Mehrheitsregierung durch eine Mehrheit der im Parlament vorhandenen Parteien gebildet wird. Die erste Feststellung unserer Unternehmung ist also die: Eine nach der Verfassung der einzelnen Parteien antikapitalistische Mehrheit ist nicht in der Lage, eine antikapitalistische Regierung in Tätigkeit zu setzen.

Wie sieht es mit der demokratischen Mehrheit im neuen Reichstag aus? Auch hier müssen wir zunächst das programmatische Bekenntnis der Parteien zugrunde legen, um zu einer Feststellung zu kommen. Erklärte Gegner der Demokratie sind Kommunisten und Deutschnationale, also 77 + 107 + 41, zusammen 225 Abgeordnete. Das ist an sich keine Mehrheit. Erklärte Anhänger der Demokratie — hier schon mit einigen Fragezeichen — sind Sozialdemokraten, Staatspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Bauernbündler, also 143 + 20 + 19 + 6, zusammen 256 Abgeordnete, also auch keine einfache Mehrheit von 278.

Dazwischen stehen Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Landvolk, Volkskonservative, Christlicher Volksdienst und einige Splitter, zusammen 96 Abgeordnete. Sie finden sich mit der Demokratie ab, weil sie sich „auf den Boden der gegebenen Verhältnisse“ stellen, sind aber mit mehr oder weniger Bereitschaft gewillt, diesen „Boden“ zu verlassen, wenn eine andere Staatsform ihre wirtschaftlichen Interessen besser zu wahren verspricht. Aber auch wenn wir diese Gruppen zu den Anhängern der Diktatur rechnen würden, käme keine Ausführmehrheit dafür zustande; denn die Diktatur von links bedroht die von rechts mit erbitterter Feindschaft, ja sie ist zum Bürgerkrieg gegen die andere bereit. Die Anhänger der Diktatur hindern sich gegenseitig an der Verwirklichung ihrer Ziele, eine Parallele zum Frankreich der siebziger Jahre, wo die Konarshisten zwar die Mehrheit der Deputiertenkammer besaßen, weil Bonapartisten und Orleansisten sich die Wage hielten. Nur daß bei uns im Augenblick auch zwischen den Anhängern der demokratischen Staatsform sehr starke wirtschaftliche Gegensätze bestehen, so daß ihre Einigung auf eine gemeinschaftliche Regierung eine schwer lösbare Aufgabe darstellt.

Die Situation der Sozialdemokratie ist, wenn wir diese beiden Feststellungen machen, wahrlich nicht leicht. Die einen verlangen von ihr, sie solle mit den beiden Flügelparteien antikapitalistische Politik machen. Für sie ist keine Ausführungsmöglichkeit vorhanden. Für sie besteht das große Fragezeichen der Echtheit nationalsozialistischer Bestrebungen. Die anderen meinen, wir sollen

Zolle Bauwirtschaft.

Der Skandal Industriebau Held & Franke / Von Kurt Heinig.

Mit Ach und Krach ist die bekannte Firma Industriebau Held u. Franke L.G., die einen ganzen Baukonzern darstellt, jetzt saniert worden. In der Handelspresse blüht und donnert es noch etwas wie bei einem abziehenden Gewitter. Die direkt Beteiligten bemühen sich, die Ursachen des beispiellosen Zusammenbruchs jenes Baukonzerns möglichst zu verhüllen, durch private Schiedsverfahren auszugleichen und auch sonst alles so darzustellen, daß sie selbst völlig unschuldig und die eigentlich Benachteiligten seien. In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt!

Um den ganzen Skandal in seinem vollen Umfang richtig zu erkennen,

muß das strittige Objekt umschrieben werden. Außerdem verdienen die handelnden Hauptpersonen einige Bemerkungen.

Die Industriebau Held u. Franke L.G. gehörte bis vor wenigen Jahren zum Eisen- und Geschäftsgebiet des größten deutschen Bier-Sprit-Konzerns, der Schultheiß-Ragenebner-Ostwerke, und zwar gehörte es zum engeren Geschäftsgebiet der von der Familie Ragenebner beherrschten Ostwertemacht. Die Ostwerke waren der Großaktionär bei der Industriebau Held u. Franke, sie leiteten ihren mächtigsten Mann — Ragenebner — als Vorsitzenden des Aufsichtsrats, aber mit direktorialer Befehlsgewalt, in den Baukonzern.

Der Baukonzern wurde dann in der Form der Abgabe eines großen Aktienpaketes an die L.G. für Verkehrsweisen verkauft. Dieses Unternehmen beherrschte in Deutschland nicht nur über 100 Eisenbahnen- und Straßenbahngesellschaften, sondern auch verschiedene große Baukonzerns, wie Venz u. Co. und Dyckerhoff u. Widmann. Der Generaldirektor dieser riesenhaften Macht, die auch noch die Industriebau Held u. Franke übernahm, ist Herr Lübbert. Dieser Herr Lübbert ist nicht der erste heute. Er hat noch im Frühjahr 1930 dem Stahlhelm ein ausführliches Wirtschaftsprogramm geliefert unter dem Titel „Durchbruch zur Wirtschaftsfreiheit“. Der Kampf um die Sanierung der Industriebau Held u. Franke wurde für Herrn Lübbert so wohl auch eine antifaschistische Angelegenheit. Das wichtigste bleibt aber,

warum die Sanierung überhaupt notwendig geworden ist.

Bei den verschiedenen Auseinandersetzungen ist eine tolle Wirtschaft in der Industriebau Held u. Franke festgestellt worden. Das Unternehmen war mit „Wirtschaftsführern“ überreichlich besetzt. Es besaß nicht nur ein halbes Duzend Direktoren, sondern zeitweise auch bis zu 25 Aufsichtsräten, die sich aus Vertretungen sämtlicher deutscher Großbanken zusammensetzten. Der Führer war der oben erwähnte Ragenebner von den Ostwerken. Außerhalb stand das Unternehmen bis vor kurzem allabendlich schüttelte es doch noch im Jahre 1929 über 1 Million Mark in der Form von 1/4 Proz. Dividenden aus. Daneben wurden 120 000 Mark für Tankstellen verbraucht. In Wirklichkeit hat zu jener Zeit das Unternehmen schon mit großen Verlusten gearbeitet.

Es war weder die schwierige Lage des Baumarktes noch der Lohn der Bauarbeiter, die diese Verluste erzeugten, sondern eine beispiellose Mißwirtschaft. Unfähigkeit aus Ausbeutung des Betriebes durch die Betriebsleitung, die hohe Verluste erzeugten.

Die Direktoren betrachteten den Baukonzern als ihren privaten Vorteil. Sie traten dem Unternehmen gegenüber als Holzlieferanten auf, in anderen Fällen verknüpften sie sich mit Terraingeschäften und mit Bauaufträgen, die sie als Direktoren ihrer eigenen Firma brachten. Dabei fielen erhebliche Beträge ab. Daneben wurden die laufenden Bezüge der Direktoren auf verschiedenen Konten und bei Tochtergesellschaften so verteilt, daß sie sich in Millionen, ohne daß es dem Richtigem gemeldet wurde, Man ließ sich in Bauaufträge ein, bei denen die Bauherren die Finanzierung selbst überhaupt nicht durchzuführen in der Lage waren. Man übernahm dann selbst die Baufinanzierung und ließ das Unternehmen verkrachen. Eine andere Tochtergesellschaft der Verkehrsweisen Gruppe erstand dann das Objekt entsprechend verbilligt aus dem Konkurs.

Der einfache Mensch schaut sich an den Kopf und fragt, wie das alles überhaupt buchungsmäßig möglich gemacht worden ist. Das Verfahren ist viel einfacher als man denkt. Es wurden die Borträge und die halbjährigen Bauten mit hoher Bewertung in die Bilanz eingelegt, man ließ die Gewinne aus der Ausgabe junger Aktien nicht, wie es das Handelsgesetzbuch vorschreibt, in den Reservefonds fließen, sondern verbuchte solche Einnahmen „zweckmäßiger“. Daneben kaufte man aus Gefälligkeit einzelnen Großaktionären die Aktien der eigenen Gesellschaft ab. Als dann die Baukonjunktur schwieriger wurde, kam der Zusammenbruch und heute sind bei dem Unternehmen nur noch wenige Angestellte und

Arbeiter und 150 Lehrlinge übrig und dazu die Masse kleiner Aktionäre als die Reingefallenen.

Die beteiligten und mißglücklichen Großbanken haben sich ihre Forderungen, die heute noch 11 Millionen Mark betragen, gesichert.

Durch diese Gefälligkeit kam es zur Einigung mit Herrn Lübbert von der Verkehrsweisen Gruppe. Die Einigung zielt dahin, den ganzen Schmutz in einem privaten Schiedsverfahren solange „heimlich“ zu behandeln, bis nichts mehr davon übrig ist. Dafür hat Herr Lübbert von den Großbanken in der Generalversammlung der

Zwei Milliarden Kursverluste.

Das Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin, gibt in seinem neuesten Wochenbericht eine Tabelle, aus der die Kursbewegung der am Berliner Terminmarkt gehandelten Werte im laufenden Kalenderjahr zu ersehen ist. Die stärksten Rückgänge im Ausmaß von 40 bis 50 Wertprozenten des Standes vom Dezember 1929 haben Kunstseidenwerte, Ransfeld und Verkehrsweisen Aktien erfahren. Allgemein lagen die Gruppen der Automobil-, Spirit- und Zellstoffwerte besonders schwach. Fortdauerndes Angebot hatte sich auch in den Aktien der Montangesellschaften und seit einiger Zeit bei Aktien der Großbanken ergeben. Auf der anderen Seite sind die Rückgänge in verschiedenen Fällen erheblich geringer gewesen und als Ausnahmefälle sind Thüringer Gas-Aktien und Kaimerte zu nennen, bei denen sich gegenüber dem Jahresbeginn eher noch kleine Kurserhöhungen durchsetzen konnten.

Im ganzen zeigt diese Zusammenstellung der Einzelwerte, welche Vermutungen die Kursrückgänge der letzten Zeit in dem schon nach den Abschwägungen des Jahres 1929 vielstoch erschütterten Kursgebäude angerichtet haben. Die Kursverluste an den Aktien der Berliner Börse betragen 2 Milliarden Mark gegenüber dem Stande vom Ende des Jahres 1929.

Benzinpreise stärker herunter! Zur Auflösung der Benzin-Konvention.

Durch den Austritt der amerikanischen Trustfirmen und des deutschen Benzolverbandes aus der Benzin-Konvention hat dieses Kartell, das durch Preisbehaltung und rücksichtsloses Vorgehen gegen die Abnehmer den Typus eines volkswirtschaftlich schädlichen Kartells darstellte, vorläufig ihr Ende gefunden. Die plötzliche Sprengung dieses mächtvollen und allem Anschein nach fest eingespielten Benzinkartells zeigt erneut, daß dem Zwang der wirtschaftlichen Tatsachen schließlich auch eine starre Monopolmacht weichen muß.

Wie haben sich die Verhältnisse auf dem Treibstoffmarkt entwickelt?

Eine gewaltige Erdölüberproduktion, die man durch vergebliche Einschränkungsversuche vermindern wollte, ein starkes Anwachsen der Benzinvorräte bei rückgängigem Abfluß infolge der Weltkriege, haben in Amerika und den umstrittenen außer-europäischen Märkten einen starken Preisfall des Benzins zur Folge gehabt. Die Exportpreise wurden jedoch von dem amerikanischen Exportkartell zunächst nur in geringerem Umfange herabgesetzt. Trotz des Rückgangs der Exportpreise und trotz eines rapiden Fallens der Tankstellenpreise wurden so zunächst auf den europäischen Märkten von den beiden beherrschenden Trusts die Benzinpreise weiter hoch gehalten.

Das immer stärkere Angebot durch Aufenseiter, insbesondere von rumänischem Benzin, zwang schließlich die Trustfirmen zu erheblichen Preisherabsetzungen außerhalb Deutschlands. In England führte man eine Preisermäßigung für Zapfstellenbenzin um 4 Pf., in Holland um 3 1/2 Pf. durch, in der Schweiz mußte man innerhalb kurzer Zeit in einem offenen Benzinmarkt die Preise um mehr als 10 Pf. pro Liter senken. In Deutschland erklärte sich die Benzin-Konvention großzügig in der vergangenen Woche zu einer Preisermäßigung um 1 Pf. (!) pro Liter bereit, nachdem durch Sentung der amerikanischen Exportpreise und der Schiffsrachten eine Verbilligung der Importpreise um insgesamt etwa 6 Pf. vorausgegangen war.

Die Benzin-Konvention glaubte bisher die deutschen Preise diktieren zu können, da sie jedem Abnehmer die Bedingung auferlegte, auch marktfreies Benzin nicht unter dem Konventionspreis abzugeben. Selbst wenn es also einem Händler gelang, sich freies Benzin zu beschaffen, so mußte er bei einem Verkauf unter dem Zapfstellenpreis den Kontakt riskieren.

In diesem System der Anebelung des Handels hat nun offenbar

„Industriebau“ durch entsprechende Abstimmungen die Vollmacht erhalten, gegen Ragenebner unbekannt vorgehen zu dürfen. Ragenebner hat zu dem Vorwurf, er habe Lübbert die „Industriebau“ zu einem hohen Preise aufgekauft, zwar erklären lassen, daß Lübbert über die inneren Zustände bei der „Industriebau“ unterrichtet war, als er deren Aktienmajorität von ihm kaufte. Das Argument hat aber nicht durchgeschlagen, weil eben die Großbanken selbst den Mann von der Ostwertegruppe im Stich ließen, wahrscheinlich aus der nüchternen Erwägung heraus, daß sie so ihrerseits am billigsten davontäme.

Für uns ist der ganze Vorgang nichts anderes als ein Beispiel dafür, was für Umstände mitunter für industrielle Zusammenbrüche maßgebend sind. Weiter zeigt sich in diesem Fall wieder einmal die so viel gepriesene Unternehmerrichtigkeit und wie solcher „Durchbruch zur Wirtschaftsfreiheit“ ausfällt, wenn man einer bestimmten Sorte Direktoren und Bankiers große industrielle Unternehmungen zur freien Beherrschung überläßt.

— ob bewußt oder unbewußt, das sei hier dahingestellt — die Ausführungsverordnung der Kartellauflösungsverordnung vom 30. August eine Bresche geschlagen. Diese Verordnung erklärt nämlich Beiträge für nichtig, in denen dem Abnehmer einer Ware für Waren anderer Herkunft Preisverpflichtungen auferlegt werden. Die Aufhebung dieser bisherigen Bindung und die Rebellion einer Konventionsfirma hat wohl erst die stärkere Außenförmigkeit ermöglicht und die Benzin-Konvention zunächst zur Kapitulation gezwungen.

Freilich sind die bisher bekanntgewordenen Preisenkürzungen der Trustfirmen und des Benzolverbandes um 1—2 Pf. pro Liter, gemessen an der Verbilligung der Einkaufspreise, noch völlig unzulänglich. Die Hamburger Importkreditoren, bestehende Zeitschrift „Der Wirtschaftsdienst“ hat jüngst in ausführlicher Abhandlung dargestellt, daß die deutschen Benzinpreise um etwa 10 Pf. pro Liter überhöht sind. Es wird also unverzüglich eine volle Anpassung der Großhandelspreise und Zapfstellenpreise an die wesentlich verbilligten Weltmarktpreise und Frachten durchzuführen sein.

80 Prozent Weizenvermahlung. Der Landbund hat sich durchgesetzt.

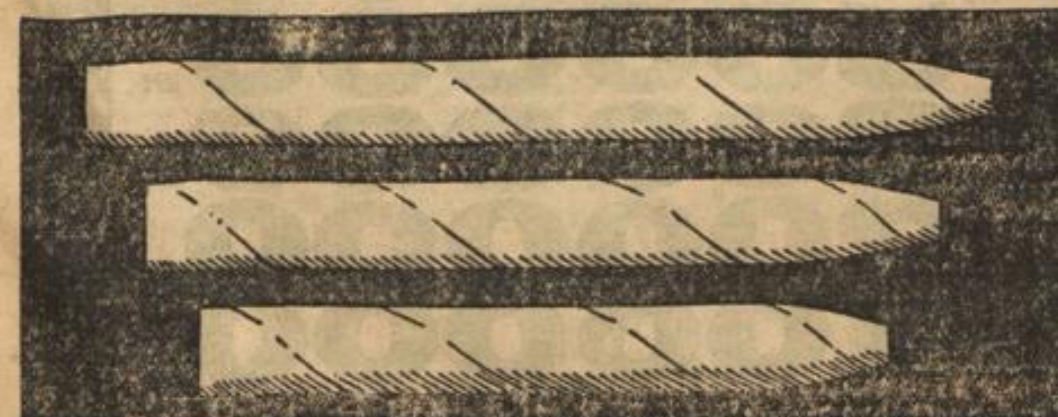
Die Bemühungen des Reichsernährungsministers Schiele, den inländischen Weizenpreis möglichst hoch hinaufzutreiben, haben auf Befehl des Reichslandbundes zu einer neuen Aktion geführt. Im „Reichsanzeiger“ wird eine Verordnung bekanntgemacht, nach der der Weizenvermahlungszwang in den Monaten Oktober und November 1930 auf 80 Proz. erhöht wird. Jede in Deutschland liegende Mühle, die ausländischen Weizen vermahlt, muß von der gesamten Mahlmenge mindestens 80 Proz. Inlandweizen vermahlen. Die bisherige Quote im neuen Erntejahr betrug für September 60 Proz. Vom 1. Oktober 1929 bis zum 30. Juni 1930 galt eine Quote von 50 Proz. Die Oktober-November-Quote ist also um 33 bzw. 60 Proz. erhöht worden. Der Reichslandbund hat eine Quote von 90 Proz. verlangt. Er hat sich also schon jetzt fast hundertprozentig durchgesetzt. Graf von Kalkreuth hat eine „nahezu hundertprozentige“ Weizenvermahlung verlangt. Der Landbund hat also die Aussicht, nachdem nur bis Ende November jetzt verordnet worden ist, daß die Wünsche des Grafen Kalkreuth auch noch erfüllt werden. Der Zweck der Maßnahmen ist klar. Was die Weizenollerhöhung noch nicht geleistet hat, das soll der Weizenvermahlungszwang sichern: das Angebot von ausländischem Weizen so stark im Inlande verringern, daß die Nachfrage nach inländischem Weizen und damit die Möglichkeiten zur Preiserhöhung sich vermehren. Ostelbische Patriotenpolitik ist wieder einmal Krisenpolitik für die Gesamtheit.

Die Kohlenförderung im August.

Die Gesamtförderung in den deutschen Bergbaubezirken ohne Saargebiet ist im August gegenüber dem August des vorigen Jahres stark zurückgeblieben, und zwar bei Steinkohle um 20 Proz., mit 11,47 gegen 14,47 Millionen Tonnen, bei Braunkohle um 18 Proz., mit 12,28 gegen 15,02 Millionen Tonnen; die Koksproduktion ging gleichfalls um 20 Proz., von 3,36 auf 2,67 Millionen Tonnen zurück. Die Steinkohlenförderung ist auch hinter der vergleichbaren Ziffer des Jahres 1913 (12,13 Millionen Tonnen) ein wenig zurückgeblieben. Gegenüber Juli dieses Jahres ist bei Steinkohle und Koks ein geringer Rückgang, bei Braunkohle eine geringe Zunahme festzustellen.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres betrug die Steinkohlenförderung 96,42 Millionen Tonnen; der Rückgang gegen 1929 (107,31 Millionen) macht hier nur knapp 10 Proz. aus. Der gleiche Rückgang ergab sich bei der Koksproduktion, von 25,29 auf 22,86 Millionen Tonnen. Die Braunkohlenförderung ging von 114,53 auf 96,3 Millionen, also um 16 Proz. zurück.

NEUE GLANZLEISTUNGEN VON LOESER & WOLFF



- Unsere neuen Zigarillos heißen:
- LOESERILLOS GROSS 10₃
 - LOESERILLOS MITTEL 8₃
 - LOESERILLOS KLEIN 6₃

Probieren Sie bitte!

ZIGARRENFABRIKEN 5000 Arbeiter u. Angestellte **LOESER & WOLFF** ZENTRALE BERLIN W35 Potsdamer Straße 24-25

Die Del- und Margarineindustrie.

Zwei wichtige Bände Enquetearbeit.

Der Enqueteauschuss hat wieder zwei Industriebände veröffentlicht, und zwar über die Delmühlenindustrie und die Margarineindustrie, zwei nach ihrer Bedeutung oft sehr unterschätzte Industrien. Der Produktionswert der beiden Industrien beträgt nicht weniger als 1,25 bis 1,30 Milliarden Mark, der Wert der verarbeiteten Rohstoffe rund 900 Millionen Mark. Die Delmühlenindustrie hat heute etwa 60 Betriebe und beschäftigt rund 14 000 Personen. Die Margarineindustrie hat 70 Betriebe mit etwa 16 500 Personen (1913 noch 110 Betriebe mit nur 7 000 Beschäftigten). Es handelt sich um

höchst kapitalintensive Industrien mit einem relativ geringen Lohnanteil und starker Konzentrationsstendenz.

Von dem Gesamterlös der Delmühlenindustrie im Betrage von 743 Millionen Mark entfallen auf Vorkuchen, der für die Landwirtschaft sehr wichtig ist, rund 32,5 Proz. Die Vorkuchenproduktion ist in Deutschland noch sehr ausdehnungsfähig, denn je Kuh werden in Deutschland 80 Kilogramm Vorkuchen verbraucht gegenüber Dänemark mit 636 Kilogramm (!), Niederlande mit 607 Kilogramm und England 502 Kilogramm je Kuh.

Gegenüber der Vorkriegszeit ist eine vollständige Umstellung von inländischen auf ausländische Rohstoffe erfolgt, die heute etwa 98 Proz. der gesamten Verarbeitungsmenge ausmachen. Auf Konzernbetriebe und freie Unternehmungen entfallen in der Delmühlenindustrie etwa je 50 Proz. Neben den pflanzlichen Rohstoffen (Weintraube, Erdnüsse, Sojabohnen, Palmkerne und Kopro), die die Hauptrohstoffe der Margarineindustrie ausmachen, wird auch heute noch viel Waldfischtran verwendet (15,9 Proz.). In der Hauptsache ist die Delindustrie durch die Umstellung auf Auslandsrohstoffe eine Rüstindustrie geworden (Hauptzentren die Seehafenplätze Harburg-Wilhelmsburg, Bremen und Stettin). In den Extraktionsanlagen wurden in den letzten Jahren über eine Million Tonnen verarbeitet gegen 250 000 bis 300 000 Tonnen 1913.

Der Lohnanteil ist außerordentlich gering, er schwankt zwischen 2,5 und 5,5 Proz. der Gesamtkosten. Der Kapitalumschlag bei zehn an der Küste liegenden Unternehmungen beträgt 67½ Tage, erfolgt also fast sechsmal im Jahre, bei acht im Innern gelegenen Firmen etwa 120 Tage, erfolgt also etwa dreimal im Jahre. Bei elf Großbetrieben zeigte sich ein Kapitalumschlag von 73 Tagen, bei sieben mittleren Betrieben von 112 Tagen. Da wegen der schwankenden Rohstoffpreise das Risiko groß ist, herrscht das Zug-um-Zug-Geschäft (Verkauf der Erzeugnisse und Einbindung der Rohstoffe erfolgen gleichzeitig) bzw. der Schlaglohnvertrag (Bearbeitung in der Hauptsache für die Margarinefabriken). Auf die Schlaglohnverträge kommen etwa 66 Proz. der Verarbeitung.

An der Delproduktion der Welt überhaupt, in Höhe von 6,6 Millionen Tonnen ist Europa mit 48,6, Asien mit 24,3, Amerika mit 18,4, Afrika mit 8 Proz. beteiligt. Der Weltmarkt in pflanzlichen Ölen und Fetten beträgt mit rund 1,5 Millionen Tonnen etwa 20 Proz. der Weltproduktion überhaupt. Mit 880 Millionen Mark steht in Deutschland die Einfuhr von pflanzlichen Delrohstoffen seit 1928 an der Spitze der agrarischen Rohstoffeinfuhr, und zwar noch vor der Baumwolle mit 777 Millionen Mark und vor der Wolle mit 603 Millionen Mark.

Die Waldfischtranerzeugung ist von 22 800 Tonnen 1906 auf etwa 300 000 Tonnen 1929 gestiegen. Seit 1918 ist der Weltmarkt durch einen Welttrapolool monopolisiert, dem alle großen internationalen Margarineerzeuger angehören.

Wie die Margarineindustrie ist die Delindustrie außerordentlich stark konzentriert. Jürgens und van den Berg haben sich 1927 voll verschmolzen, 1929 erfolgte die Vereinigung mit Lever Brothers, dem größten Seifenkonzern der Welt (Lever Brothers); ein Interessengemeinschaftsvertrag besteht mit dem Schichtkonzern in Aussicht, so daß diese Zusammenschlüsse in der Margarineindustrie auch eine enorme Stellung auf den Rohstoffmärkten sichern mußten.

Die deutsche Margarineerzeugung beträgt heute über 480 000 Tonnen

gegen rund 200 000 Tonnen in der Vorkriegszeit. Der Produktionswert der Margarine wird auf 600 000 Mill. Mark berechnet. Der Verbrauch je Kopf bleibt mit 10 M. hinter dem Zuckerverbrauch (14 M.) und dem Butterverbrauch (17 bis 18 M.)

zurück. Auf die Konzerne entfallen etwa 77 Proz. der Margarineerzeugung.

Der Lohnanteil beträgt in der Margarineindustrie insgesamt etwa 7 bis 8 Proz. In den kapitalkräftigen Konzernbetrieben ist die Pro-Kopf-Leistung von 1928 bis 1930 von 95,3 auf über 100 Tonnen im Jahr gestiegen. In der freien Margarineindustrie zeigte ein Durchschnitt von 59 Betrieben im Jahre 1928 eine Pro-Kopf-Leistung von 61 Tonnen. Die Margarineindustrie verwendet heute etwa 78,4 Proz. pflanzliche Fette, 15,9 Proz. Tran und nur noch 5,7 Proz. tierische Fette gegen etwa 55 Proz. (!) im Jahre 1913.

Der augenfälligste Wandel in der Struktur dieser Industrie. Bemerkenswerterweise verwenden die freien Margarinefabriken mit 11 Proz. etwa die doppelte Menge von tierischen Fetten als die Konzernfabriken.

Je Kopf der Bevölkerung ist der Margarineverbrauch in Deutschland von 1913 bis 1929 von 3 auf 7,6 Kilo gestiegen. Er ist zwar größer als in England mit 9,6 Kilo und in Schweden mit 7,3 Kilo pro Kopf, bleibt aber hinter Holland mit 8,4, Norwegen mit 17,7 und Dänemark, dem größten Buttererzeuger der Welt, mit sogar 22,4 Kilo je Kopf stark zurück. Die größten Margarineverbraucher in Dänemark sind die buttererzeugenden Bauern.

Der Margarineverbrauch ist in Deutschland sehr verschieden. So verkauft die G. E. G. je Mitglied im Ruhrgebiet jährlich 18,24 Kilo, Dresden 15,52 Kilo, in Groß-Berlin 7,11 Kilo und in R. A. n. h. nur 4,84 Kilo. Für die Handelspannen scheinen nur die Konsumvereine Unterlagen zur Verfügung gestellt zu haben. Ohne Rückvergütung werden Endaufschläge bei den Konsumvereinen genannt von 15 Proz., bei den billigsten Margarineforen nur von 7 Proz., so daß bei Abzug der Rückvergütung von etwa 55 Proz. nur ein Bruttogewinn bei den Konsumvereinen von 1,53 Proz. verbleibt.

Die Macht der Trusts.

Die Weltproduktion an Margarine wird auf 14 Mill. Tonnen berechnet. Der Hauptanteil mit 1,15 Mill. Tonnen entfällt auf die europäischen Industrieöcker; an dieser Erzeugung ist der Jürgens-van-der-Berg-Konzern wieder mit 65 Proz. beteiligt, der die österreichische Produktion zu 100 Proz., die holländische zu 90, die englische, belgische und tschechische zu je 70 und auch die deutsche und französische mit je 70 Proz. allein beherrscht.

Berühmt ist der Streit um die Aufhebung der Zölle, die von den konzernfreien deutschen Margarinefabriken verlangt wird. Diese Aufhebung soll die ausländische Rohstoffversorgung für konzernfreie Fabriken erleichtern und damit die Konkurrenzfähigkeit erhöhen. Der Enqueteauschuss sagt nicht Ja und nicht Nein zu dieser Frage. Die Delmühlen, die den Zoll verteidigen, hatten zwar zunächst ihre Produktion durch die Zölle erhöhen können, heute sei die Steigerung aber von der Erhöhung des Bedarfs abhängig. Andererseits glaubt der Ausschuss, daß die Aufhebung der Zölle der freien Margarineindustrie nicht die von dieser erwartete Erleichterung bringen würde.

Öffentliche Gelder für Landwirtschaft.

Das „sozialistische“ Preußen tut doppelt so viel als das königliche.

„Die Förderung der Landwirtschaft durch öffentliche Mittel“ ist eines der interessantesten Kapitel der Agrarpolitik. Leider gibt die unter dem gleichen Titel erschienene Arbeit des Enqueteauschusses nur einen unzureichenden Einblick in die viel verschlungenen Wege, auf denen die von der Allgemeinheit ausgetragenen Mittel in die Taschen der Landwirtschaft fließen. Weder ist eine Untersuchung der Riesensummen erfolgt, die von den breiten Massen infolge der Verteuerung der Lebensmittel durch Zölle und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen getragen werden, noch sind die zahllosen Kredite und Bürgschaften des Reiches und der Länder aufgezählt.

Lediglich die direkten Zuschüsse und Aufwendungen der öffentlichen Hand und der Selbstverwaltungskörperschaften für die ver-

schiedenen Förderungsmassnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft sind behandelt. Man kann daher aus dieser Schrift nur ein sehr unvollkommenes Bild von dem wirklichen Umfang der für die Landwirtschaft aufgetragenen Geldsummen erhalten. Außerdem sind nur die Jahre 1913, 1925 und 1926 in die Untersuchung einbezogen, so daß die Arbeit kaum noch ein aktuelles Interesse hat.

Immerhin lassen sich der Veröffentlichung einige interessante Einzelheiten entnehmen, die die Zerspaltung der Förderungsmassnahmen schlaglichtartig erhellen. Statt nach einheitlichen Gesichtspunkten die zur Verfügung stehenden Geldmittel nur auf die für die allgemeine Produktionsförderung wichtigen Gebiete zu verteilen, werden einzelne Zweige der Landwirtschaft subventioniert, die früher vielleicht eine Unterstützung verdienten, aber jetzt im Rahmen der gesamten Landwirtschaft kaum noch eine Bedeutung haben. Zur Förderung der Milchwirtschaft, deren Produktionswert ein Viertel des gesamten landwirtschaftlichen Produktionswertes beträgt, werden bedeutend weniger Mittel aufgewandt, als für die Pferdezüchtung. Für den Weinbau sind mehr als doppelt soviel Mittel ausgemessen, als zur Förderung des gesamten Ackerbaues!

Die vorliegende Enquetearbeit hat noch ein Verdienst. Die in der Landwirtschaft weit verbreitete Ansicht, daß der preussische Staat im Vergleich zur Vorkriegszeit nichts für die Landwirtschaft tue, wird widerlegt. Das republikanische Preußen hat im Jahre 1926 mehr als doppelt soviel für die Landwirtschaft aufgewandt, wie das königliche Preußen im Jahre 1913!

Rodak halbiert das Kapital.

Die Sanierung der Rodak A.-G. Berlin, deren Kapital sich in den Händen der Rodak Ltd. London und — zu 7 Proz. — der Vereinigten Glaszuckerwerke Elberfeld befindet, war schon im Mai fällig, wurde auf den 30. September verlagert und ist nun — um der Vorteile des ablaufenden Steuerermäßigungsgesetzes willen — am 25. September erfolgt. Zur Tilgung des Verlustes von 5,9 Mill. wurde das Kapital von 10 auf 5 Mill. zusammengelegt und wieder auf 13 Mill. erhöht. Man scheint also weitgehende Expansionspläne zu haben. Die neuen Aktien sind von den bisherigen Aktionären übernommen worden.

Auch in USA. wachsende Arbeitslosigkeit

Nach den Feststellungen des amerikanischen Arbeitsamts, die einen großen Teil der amerikanischen Industrie erfassen, ist im August die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter weiter gesunken, und zwar (1926 = 100) auf 79,9 Proz. gegen 81,6 Proz. im Juli und 98,6 Proz. im August vorigen Jahres. Danach hat die industrielle Arbeitslosigkeit im Vergleich zum vorigen Jahre rund um 19 Proz. in den Vereinigten Staaten zugenommen.

Gegen unzulässige Gründungen von Bauparkellen und Baufinanzierungsgesellschaften wandte man sich in der letzten Sitzung der Industrie- und Handelskammer Mainz. Man müsse bei der Durchsicht der Darlehensbedingungen oft die Ueberzeugung gewinnen, daß sie darauf zugeschnitten seien, der großen Masse der Unerfahrenen das Geld aus der Tasche zu locken. Sie seien in manchen Fällen in geschickter Weise verfaulsuliert und erwecken den Anschein eines besonders günstigen Angebotes, während sich in Wahrheit der Geldgeber nötig in die Hände der betreffenden Gesellschaft begeben. Das Publikum sei dringend zur Vorsicht zu mahnen.

Einschränkungen auch bei Schubert u. Salzer. Die Schubert u. Salzer Maschinenfabrik A.-G. in Chemnitz war bisher wohl als die rentabelste deutsche Maschinenfabrik anzusprechen. Sie hat jahrelang 16 Proz. Dividende verteilt und konnte außerdem große stille Reserven bilden. Wie in der Aufsichtsratsitzung mitgeteilt wurde, ist im Jahre 1930 aber auch mit vermindelter Belegschaft und vermindelter Arbeitszeit gearbeitet worden und die Umsätze blieben hinter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre stark zurück. Durch Entwicklung neuer Maschinen, die als Fortschritte anerkannt und im Ausland patentiert sind, glaubt die Verwaltung die Vorbedingungen für eine bessere Beschäftigung und die Ausnutzung der vollen Leistungsfähigkeit geschaffen zu haben, sobald wieder in der Weltwirtschaft eine Wendung zum Besseren eintritt.

Zucker nährt — und ist billig!

Preußische Staats-Lotterie

**Ziehung 1. Klasse
24. und 25. Oktober**

Im Ziehungssaal der General-Lotterie-Direktion
Berlin, Markgrafenstraße 39

Wesentlich verbesserter Gewinnplan

Verdreifachung der Mittelgewinne

348 000 Gewinne auf 800 000 Lose

Ausspielung rund **114 Millionen RM**

Achtel-Lose 5 RM

Viertel-Lose **10 RM** Ganze Lose **40 RM**

Halbe Lose **20 RM** Doppel-Lose **80 RM**

bei allen Staatlichen Lotterie-Einnehmern von Groß-Berlin

Höchstgewinn auf 1 Doppellos (89 des Planes)

2 Millionen Reichsmark

Höchstgewinn auf ein ganzes Los

1 Million Reichsmark

2 Prämien zu je

500 000 RM

2 Gewinne zu je

500 000 RM

2 Gewinne zu je

300 000 RM

2 Gewinne zu je

200 000 RM

12 Gewinne zu je

100 000 RM

